

NIEDERSCHRIFT

über die **40.** Sitzung **des Kreisausschusses** (XV. Wahlperiode)

öffentlicher Teil

Tag der Sitzung: **06.11.2013**
Ort der Sitzung: Kreishaus Neuss
Besprechungsraum 2 (2. Etage)
Oberstraße 91, 41460 Neuss
(Tel. 02131/928-2100)
Beginn der Sitzung: 15:05 Uhr
Ende der Sitzung: 16:55 Uhr
Den Vorsitz führte: Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

Sitzungsteilnehmer:

• Vorsitzender

1. Herr Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

• CDU-Fraktion

2. Herr Dr. Gert Ammermann
3. Frau Irmintrud Berger
4. Herr Karl-Heinz Ehms
5. Herr Reiner Geroneit
6. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
7. Herr Franz-Josef Radmacher
8. Herr Dr. Christian Will

Vertretung für Herrn Dieter Welsink

• SPD-Fraktion

9. Herr Horst Fischer
10. Herr Harald Holler
11. Herr Stephan Ingenhoven
12. Herr Dieter Jüngerkes
13. Herr Rainer Thiel MdL

Vertretung für Herrn Rainer Thiel MdL, ab
15.50 Uhr

bis 15.50 Uhr

• FDP-Fraktion

- 14. Herr Walter Boestfleisch
- 15. Herr Franc J. Dorfer

Vertretung für Herrn Bijan Djir-Sarai

• **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

- 16. Herr Erhard Demmer
- 17. Herr Martin Kresse

Vertretung für Frau Susanne Stephan-Gellrich

• **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

- 18. Herr Carsten Thiel

• **Verwaltung**

- 19. Herr Dezernent Ingolf Graul
- 20. Herr Günter Hassels
- 21. Herr Dezernent Karsten Mankowsky
- 22. Herr Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz
- 23. Herr Harald Vieten
- 24. Herr Dezernent Tillmann Lonnes
- 25. Herr Marcus Temburg

• **Schriftführerin**

- 26. Frau Annika Böhm

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	5
2.	Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse	5
2.1.	Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 12.09.2013.....	5
2.2.	Finanzausschuss vom 17.09.2013	6
2.3.	Partnerschaftskomitee vom 23.09.2013	6
2.4.	Schulausschuss vom 14.10.2013	6
2.5.	Jugendhilfeausschuss vom 16.10.2013	6
3.	Kenntnisnahme von Niederschriften	7
3.1.	Nahverkehrs- und Straßenbausausschuss vom 15.10.2013	7
4.	Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft Berichtszeitraum September - Oktober 2013 Vorlage: 61/2800/XV/2013	7
5.	Bericht zur Regionalarbeit Berichtszeitraum September - Oktober 2013 Vorlage: 61/2801/XV/2013	8
6.	Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung/Europa, Stand November 2013 Vorlage: ZS5/2810/XV/2013	8
7.	SGB II - Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften Vorlage: 50/2816/XV/2013	8
8.	Anträge	9
9.	Mitteilungen.....	9
9.1.	Haushalt/ Herstellung des Benehmens gem. § 55 KrO NRW Vorlage: 010/2834/XV/2013	9
9.2.	Europäische Innovationsregion Rhein-Maas –grenzüberschreitendes Modellprojekt Agrobusiness (Agropol)	10
9.3.	Landkreisversammlung am 18.11.2013.....	10
10.	Anfragen	11
10.1.	Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen zum Thema "Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern" vom 17.10.2013 und Bericht der Verwaltung Vorlage: 50/2819/XV/2013	11

10.2. Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion zum Thema "Kreisarchiverweiterungsbau" vom 04.11.2013 und Antwort der Verwaltung Vorlage: V/2833/XV/2013	11
10.3. Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion zum Thema "Stellenausschreibung am Sportinternat Knechtsteden" vom 04.11.2013 Vorlage: 010/2831/XV/2013	11

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen und der Kreisausschuss beschlussfähig ist.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel bat darum das Thema Haushalt etwas früher in der Sitzung zu beraten.

Den Abgeordneten lagen folgende Tischvorlagen vor:

Zu Top 6: Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung/ Europa	- Arbeitsmarktbericht ☒
Zu Top 9: Mitteilungen	- Haushalt/ Herstellung des Benehmens gem. § 55 KrO NRW ☒
Zu Top 10: Anfragen	- Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion zum Thema „Kreisarchiverweiterungsbau“ vom 04.11.2013 und Antwort der Verwaltung ☒ - Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion zum Thema „Stellenausschreibung am Sportin- ternat Knechtsteden“ vom 04.11.2013 ☒

Die mit ☒ versehenen Tischvorlagen sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

2. Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse

2.1. Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 12.09.2013

Protokoll:

Die Kreistagsabgeordneter Horst Fischer und Carsten Thiel bat darum, das Gutachten zum grundsicherungsrelevanten Mietspiegel frühzeitig den Mitgliedern des Sozial- und Gesundheitsausschusses zukommen zu lassen.

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz erklärte, dass man die Bestandserhebung zunächst mit den Sozialdezernenten und den Vertretern der Wohnungsunternehmen besprechen wolle. Anschließend werde man diese zusammen mit den Ergebnissen der Gesprächsrunden im Sozial- und Gesundheitsausschuss präsentieren. Eine Beratung sei auch in der nachfolgenden Sitzungen noch möglich.

KA/20131106/Ö2.1

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Sozial- und Gesundheitsausschusses vom 12.09.2013 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.2. Finanzausschuss vom 17.09.2013**KA/20131106/Ö2.2****Beschluss:**

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Finanzausschusses vom 17.09.2013 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.3. Partnerschaftskomitee vom 23.09.2013**Protokoll:**

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass der Fotowettebewerb auf deutscher Seite auf sehr positive Resonanz gestoßen sei. Insgesamt seien auf deutscher Seite über 500 Fotos eingegangen.

KA/20131106/Ö2.3**Beschluss:**

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Partnerschaftskomitees vom 23.09.2013 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.4. Schulausschuss vom 14.10.2013**KA/20131106/Ö2.4****Beschluss:**

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Schulausschusses vom 14.10.2013 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.5. Jugendhilfeausschuss vom 16.10.2013**KA/20131106/Ö2.5****Beschluss:**

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses vom 16.10.2013 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

3. Kenntnisnahme von Niederschriften**3.1. Nahverkehrs- und Straßenbausechuss vom 15.10.2013****KA/20131106/Ö3.1****Beschluss:**

Der Kreisausschuss nimmt die Niederschrift des Nahverkehrs- und Straßenbausechusses vom 15.10.2013 zur Kenntnis.

4. Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft**Berichtszeitraum September - Oktober 2013****Vorlage: 61/2800/XV/2013****Protokoll:**

Landrat Hans-Jürgen Petruschke berichtete, dass am Morgen ein Gespräch mit Amprion stattgefunden habe, in dem Amprion die beabsichtigten Kriterien für die Standortsuche für einen Konverter näher erläutert habe. Die Details werde Amprion im Planungs- und Umweltausschuss am 19.11.2013 vorstellen. Amprion sei auf der Suche nach einem möglichst restriktionsfreiem Standort.

Kreistagsabgeordneter Dr. Gert Ammermann bat darum, bei zukünftigen Stellungnahmen auch die Frage der Erdverkabelung anzusprechen.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel betonte, dass eine Verschiebung nach Grevenbroich nicht die Lösung sein dürfe. Eine solche Anlage gehöre nicht in die Nähe von Wohnbebauung.

Die Stellungnahme sei gut und nachvollziehbar, so Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer. Zu Punkt 1.2 des Berichts erkundigte er sich nach Entwicklungspfad 4 „Neue industrielle Allianzen und Initiativen“.

*Anmerkung der Verwaltung: Als **Anlage** ist ein entsprechender Auszug aus dem Impulspapier des Wuppertalinstitutes beigefügt.*

KA/20131106/Ö4**Beschluss:**

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft September - Oktober 2013 zur Kenntnis.

**5. Bericht zur Regionalarbeit
Berichtszeitraum September - Oktober 2013
Vorlage: 61/2801/XV/2013**

Protokoll:

Auf Nachfrage von Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer erklärte Dezernent Lonnes, dass der Titel „Danke Berlin – 200 Jahre Preußen am Rhein“ vom Rheinischen Verein für Denkmalpflege ausgewählt worden sei. Man werde aber bei Gelegenheit versuchen, lenkend einzugreifen, um den Titel noch zu verändern.

Nähere Informationen zum Projekt „Code 24“ füge man dem Protokoll bei, so Kreisplaner Marcus Temburg auf Frage von Kreistagsabgeordneten Walter Boestfleisch (s. **Anlage**).

Auf Nachfrage von Kreistagsabgeordnetem Dr. Christian Will, erklärte Landrat Hans-Jürgen Petrauschke, dass der Abfallwirtschaftsverein Region Rhein-Wupper e.V. zunächst eine Bestandsaufnahme zum Bioabfall mache. Erst anschließend werde weiter geprüft, wie man damit umgehe.

KA/20131106/Ö5

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Regionalarbeit September - Oktober 2013 zur Kenntnis.

**6. Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung/Europa, Stand November 2013
Vorlage: ZS5/2810/XV/2013**

Protokoll:

Auf Nachfrage von Kreistagsabgeordneten Horst Fischer bestätigte Landrat Hans-Jürgen Petrauschke, dass es eine Karte zum Knotenpunktsystem für Radfahrer geben werde. Das System werde noch im Nahverkehrs- und Straßenbauausschuss vorgestellt.

KA/20131106/Ö6

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung/Europa, Stand November 2013, zur Kenntnis.

**7. SGB II - Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften
Vorlage: 50/2816/XV/2013**

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz teilte mit, dass man den Haushaltsansatz voraussichtlich um ca. 3,5 Mio. Euro brutto überschreiten werde. Dies sei zwar viel, relati-

viere sich aber mit Blick auf die Region. Insbesondere die Kosten der Unterkunft je Bedarfsgemeinschaft belasten den Kreis stärker als andere.

Man hoffe, den einen oder anderen etwa bei Zalando in dauerhafte Arbeit zu bekommen, so Landrat Hans-Jürgen Petrauschke.

Auf Nachfrage von Kreistagsabgeordnetem Dr. Christian Will erklärte Kreiskämmerer Ingolf Graul, dass nach erster Hochrechnung die Mehraufwendungen im Bereich SGB II aufgefangen werden können. Man müsse aber gegebenenfalls noch mit Mehraufwendungen im Bereich SGB XII rechnen. Eine abschließende Beurteilung sei noch nicht möglich.

Die Zahlen seien Ergebnis der verfehlten Arbeitsmarktpolitik der letzten Jahre, so Kreistagsabgeordneter Martin Kresse.

1. stellvertretender Landrat Dr. Hans-Ulrich Klose erklärte, dass die steigende Zahl der Bedarfsgemeinschaften unterschiedliche Gründe habe. Die Entwicklung sei nicht nur im Rhein-Kreis Neuss zu beobachten. Man sollte daher bei der Bundesagentur in Erfahrung bringen, warum die Entwicklung so ist.

8. Anträge

Protokoll:

Anträge wurden nicht gestellt.

9. Mitteilungen

9.1. Haushalt/ Herstellung des Benehmens gem. § 55 KrO NRW Vorlage: 010/2834/XV/2013

Protokoll:

(Die Beratung wurde in der Diskussion vorgezogen)

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass am 04.11.2013 das Gespräch mit den Städten und Gemeinden zur Benehmensherstellung statt gefunden habe. Die entsprechende Pressemitteilung mit einer Übersicht zu den Haushaltsdaten wurde bereits per E-Mail an die Fraktionen geschickt und heute als Tischvorlage vorgelegt. Da man stabile Tendenzen bei den Ein- und Ausgaben erwarte, sei geplant einen Doppelhaushalt vorzulegen. Nach der 2. Modellrechnung könne man mit einer Kreisumlage von 39,8 % in die Haushaltsberatung gehen und den Städten und Gemeinden eine stabile Planung für 2014 und 2015 vorlegen. Die Planungssicherheit wurde von den Bürgermeistern ausdrücklich begrüßt. Inhaltlich würden die vorgelegte Eckdaten noch von den Kämmerern und Sozialdezernenten geprüft. Als Verwaltung habe man gegenüber den Städten und Gemeinden erklärt, weitere zurzeit noch nicht erkennbare Verbesserungen zur Senkung der Kreisumlage einzusetzen.

Seine Fraktion werde im Kreistag beantragen, keinen Doppelhaushalt aufzustellen, so Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel. Es fehle die sachliche Rechtfertigung. Die Zahlen

seien zu valide und der Doppelhaushalt stelle einen Vorgriff auf die demokratischen Rechte des neuen Kreistages dar.

Für einen Doppelhaushalt würden viele gute Gründe sprechen, so Kreistagsabgeordneter Dr. Gert Ammermann. Auch sollte man die Einschätzung der Städte und Gemeinden berücksichtigen. Es sei aber noch nichts entschieden. In die inhaltliche Beratung steige seine Fraktion ab dem 17.12.2013 ein.

Auch Kreistagsabgeordneter Franc J. Dorfer hob die Planungssicherheit als wichtigen Faktor hervor.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer zeigte sich über die zeitnahe Information erfreut. Dennoch werde seine Fraktion einem Doppelhaushalt aus demokratiepolitischen (Bindung des neuen Kreistages, der bei anderen Mehrheiten andere Schwerpunkte setzen wolle), politischen (falsches Signal - meist verabschieden Kommunen einen Doppelhaushalt, wenn es ihnen schlecht geht) und fachlichen (Entwicklung der Zahlen ist noch unklar) Gründen nicht zustimmen. Eine Verstetigung der Kreisumlage sei auch durch eine Absichtserklärung des Kreistages möglich. Er vermute, man wolle Wahlgeschenke verteilen.

Seine Fraktion sei grundsätzlich für einen Doppelhaushalt, so Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel. Nicht jedoch zwei Monate vor der Kommunalwahl.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies darauf hin, dass der neu gewählte Kreistag den Haushalt durch Satzung noch ändern könne. Ihm sei wichtig Planungssicherheit für die Städte und Gemeinden aber auch Zuschussempfänger wie Wohlfahrtsverbände, Sportvereine etc. zu schaffen. Völlig unklar sei wie man bei sinkenden Umlagesätzen und damit weniger Geld davon ausgehen könne, dass damit Wahlgeschenke verteilt würden.

9.2. Europäische Innovationsregion Rhein-Maas –grenzüberschreitendes Modellprojekt Agrobusiness (Agropol)

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass das europäische Parlament aus einer Vielzahl von Projektanträgen den Projektantrag des Agrobusiness Niederrhein e.V. „Agropole – Entwicklung einer grenzüberschreitenden europäischen Agrobusiness Modellregion“ zur Förderung ausgewählt habe.

9.3. Landkreisversammlung am 18.11.2013

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass die Große Landkreisversammlung am 18.11.2013 nicht statt finde. Die vom Kreis entsandten Delegierten wurden bereits per E-Mail darüber informiert.

10. Anfragen

10.1. Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen zum Thema "Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern" vom 17.10.2013 und Bericht der Verwaltung Vorlage: 50/2819/XV/2013

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke verwies auf die mit der Einladung verschickte Antwort der Verwaltung.

Am Stichtag 30.09.2013 habe die aktuelle Belegung hinter den Kapazitäten zurück gelegen, so Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz. Man stehe aber in engem Kontakt mit der Bezirksregierung.

10.2. Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion zum Thema "Kreisarchiverweiterungsbau" vom 04.11.2013 und Antwort der Verwaltung Vorlage: V/2833/XV/2013

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke verwies auf die mit der Anfrage vorgelegte Antwort der Verwaltung.

10.3. Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion zum Thema "Stellenausschreibung am Sportinternat Knechtsteden" vom 04.11.2013 Vorlage: 010/2831/XV/2013

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, dass der Norbertverein als Betreiber an bestimmte Vorgaben gebunden sei. Die Ausschreibung sei nicht mit dem Kreis abgestimmt. Eine Beteiligung der Sportvereine sei nicht bekannt. Insgesamt seien bisher 33 Bewerbungen eingegangen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Landrat Hans-Jürgen Petrauschke um 16:40 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.



Hans-Jürgen Petrauschke
Landrat



Annika Böhm
Schriftführung

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. ZS5/2830/XV/2013

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	06.11.2013	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

**Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung/Europa, Stand November 2013
hier: Arbeitsmarkt**

Sachverhalt:

Arbeitsmarkt / Konjunktur

Die Arbeitslosenzahl ist im Oktober 2013 im Rhein-Kreis Neuss konstant geblieben. Bundes- und landesweit ist die Arbeitslosigkeit leicht zurückgegangen. Während die Arbeitslosenquote im Rhein-Kreis Neuss konstant blieb, ist sie bezogen auf Deutschland und Nordrhein-Westfalen um 0,1 Prozentpunkte gesunken.

	Rhein-Kreis Neuss	Bund	NRW
Arbeitslose			
Oktober 2013	14.502	2.801.189	748.528
Veränderung gegenüber September 2013	-2	-47.759	-10.972
	0,0%	-1,7%	-1,5%
Veränderung gegenüber Oktober 2012	1.241	47.835	29.913
	8,6%	1,7%	4,0%
Arbeitslosenquote			
Oktober 2013	6,3%	6,5%	8,1%
September 2013	6,3%	6,6%	8,2%
Oktober 2012	5,8%	6,5%	7,9%
Arbeitslose im Rechtskreis SGB II			

Oktober 2013	9.646	1.931.684	548.541
<i>Veränderung gegenüber September 2013</i>	86	-13.724	-4.373
	0,9%	-0,7%	-0,8%
<i>Veränderung gegenüber Oktober 2012</i>	749	24.688	17.510
	7,8%	1,3%	3,2%
Bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldete Arbeitsstellen			
Oktober 2013	1.704	438.648	86.567
<i>Veränderung gegenüber September 2013</i>	-22	-6.895	-2.216
	-1,3%	-1,6%	-2,6%
<i>Veränderung gegenüber Oktober 2012</i>	70	-29.426	-12.718
	4,1%	-6,7%	-14,7%

Für weitere Details wird auf den beiliegenden Arbeitsmarktreport verwiesen.

In dem von den Industrie- und Handelskammern Mittlerer Niederrhein und Düsseldorf erstellten Konjunkturbericht Spätsommer äußern die Unternehmen eine so optimistische Zukunftserwartung, wie seit 2 Jahren nicht mehr. Der IHK-Konjunkturklimaindex steigt von 113,8 Punkten im Frühsommer auf aktuell 119,1 Punkte und liegt damit erstmals wieder über dem langjährigen Durchschnitt von 118,1 Punkten (100 = neutral). Dabei erwarten 19,8 % der Unternehmen für 2014 einen Zuwachs der Beschäftigtenzahl, nur 13,8 % gehen von einem Rückgang aus.

Details können Sie dem ausliegenden Konjunkturbericht entnehmen.

Anlagen:

AMR_RKN_Oktober_2013

Eckwerte des Arbeitsmarktes

 Rhein-Kreis Neuss (05162)
 Oktober 2013

Merkmale	Okt 2013	Sep 2013	Aug 2013	Veränderung gegenüber					
				Vormonat		Vorjahresmonat ¹⁾			
						Okt 2012		Sep 2012	Aug 2012
				absolut	in %	absolut	in %	in %	in %
Bestand an Arbeitsuchenden									
Insgesamt	23.703	23.586	23.877	117	0,5	1.163	5,2	5,4	4,7
Bestand an Arbeitslosen									
Insgesamt	14.502	14.504	14.794	-2	-0,0	1.241	9,4	9,2	6,4
53,0% Männer	7.683	7.690	7.871	-7	-0,1	759	11,0	10,6	8,7
47,0% Frauen	6.819	6.814	6.923	5	0,1	482	7,6	7,6	4,0
7,9% 15 bis unter 25 Jahre	1.151	1.226	1.392	-75	-6,1	74	6,9	9,2	-1,5
1,4% dar. 15 bis unter 20 Jahre	205	215	265	-10	-4,7	24	13,3	16,8	3,9
32,8% 50 Jahre und älter	4.763	4.672	4.724	91	1,9	338	7,6	6,6	6,3
20,2% dar. 55 Jahre und älter	2.923	2.885	2.885	38	1,3	225	8,3	8,1	7,9
40,4% Langzeitarbeitslose	5.865	5.705	5.634	160	2,8	717	13,9	11,9	9,8
6,4% Schwerbehinderte	934	925	943	9	1,0	-5	-0,5	-2,7	-2,3
21,6% Ausländer	3.128	3.092	3.106	36	1,2	359	13,0	14,0	9,8
Zugang an Arbeitslosen									
Insgesamt	2.938	2.852	2.885	86	3,0	95	3,3	7,1	-13,8
dar. aus Erwerbstätigkeit	1.186	1.066	1.061	120	11,3	53	4,7	8,6	-14,1
aus Ausbildung/sonst. Maßnahme	638	593	793	45	7,6	11	1,8	7,2	8,5
seit Jahresbeginn	28.303	25.365	22.513	x	x	-1.201	-4,1	-4,9	-6,2
Abgang an Arbeitslosen									
Insgesamt	2.947	3.135	2.853	-188	-6,0	81	2,8	-4,7	-12,6
dar. in Erwerbstätigkeit	957	998	886	-41	-4,1	-12	-1,2	-8,6	-9,1
in Ausbildung/sonst. Maßnahme	638	719	540	-81	-11,3	60	10,4	-5,8	-12,5
seit Jahresbeginn	27.252	24.305	21.170	x	x	-1.814	-6,2	-7,2	-7,6
Arbeitslosenquoten bezogen auf									
alle zivilen Erwerbspersonen	6,3	6,3	6,4	x	x	x	5,8	5,8	6,1
dar. Männer	6,3	6,3	6,4	x	x	x	5,7	5,7	6,0
Frauen	6,3	6,3	6,4	x	x	x	6,0	5,9	6,3
15 bis unter 25 Jahre	5,1	5,4	6,1	x	x	x	4,7	4,9	6,2
15 bis unter 20 Jahre	3,3	3,4	4,3	x	x	x	2,8	2,9	4,0
50 bis unter 65 Jahre	6,9	6,7	6,8	x	x	x	6,7	6,6	6,7
55 bis unter 65 Jahre	7,6	7,5	7,5	x	x	x	7,5	7,4	7,4
Ausländer	13,7	13,6	13,6	x	x	x	12,5	12,3	12,8
abhängige zivile Erwerbspersonen	7,0	7,0	7,1	x	x	x	6,5	6,5	6,8
Unterbeschäftigung									
Arbeitslosigkeit im weiteren Sinne	15.677	15.728	16.032	-51	-0,3	1.230	8,5	8,6	6,4
Unterbeschäftigung im engeren Sinne	17.373	17.394	17.670	-21	-0,1	712	4,3	3,5	2,9
Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit)	17.575	17.591	17.868	-16	-0,1	662	3,9	3,0	2,2
Unterbeschäftigungsquote	7,5	7,6	7,7	x	x	x	7,3	7,4	7,6
Leistungsempfänger²⁾									
Arbeitslosengeld	4.729	4.592	4.785	137	3,0	617	15,0	9,6	7,5
erwerbsfähige Leistungsberechtigte	21.148	21.228	21.285	-80	-0,4	591	2,9	3,1	3,0
nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte	8.824	8.872	8.887	-48	-0,5	172	2,0	3,4	3,4
Bedarfsgemeinschaften	15.316	15.360	15.390	-44	-0,3	442	3,0	3,6	3,5
Gemeldete Arbeitsstellen									
Zugang	558	703	606	-145	-20,6	-68	-10,9	-1,4	-5,5
Zugang seit Jahresbeginn	6.051	5.493	4.790	x	x	-811	-11,8	-11,9	-13,3
Bestand	1.704	1.726	1.572	-22	-1,3	70	4,3	-0,6	-10,1

1) Bei Quoten werden die Vorjahreswerte ausgewiesen.

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

2) Vorläufige, hochgerechnete Werte am aktuellen Rand (beim Arbeitslosengeld für die letzten zwei Monate, bei den SGB II-Daten für die letzten drei Monate).

Eckwerte des Arbeitsmarktes im Rechtskreis SGB III

 Rhein-Kreis Neuss (05162)
 Oktober 2013

Merkmale	Okt 2013	Sep 2013	Aug 2013	Veränderung gegenüber					
				Vormonat		Vorjahresmonat ¹⁾			
						Okt 2012		Sep 2012	Aug 2012
				absolut	in %	absolut	in %	in %	in %
Bestand an Arbeitsuchenden									
Insgesamt	7.765	7.665	7.856	100	1,3	709	10,0	11,5	8,8
Bestand an Arbeitslosen									
Insgesamt	4.856	4.944	5.173	-88	-1,8	492	11,3	11,3	8,2
54,3% Männer	2.638	2.692	2.875	-54	-2,0	303	13,0	13,3	13,6
45,7% Frauen	2.218	2.252	2.298	-34	-1,5	189	9,3	8,9	2,2
11,2% 15 bis unter 25 Jahre	544	616	704	-72	-11,7	59	12,2	14,5	-0,1
1,5% dar. 15 bis unter 20 Jahre	71	76	96	-5	-6,6	26	57,8	52,0	17,1
39,7% 50 Jahre und älter	1.929	1.917	1.953	12	0,6	158	8,9	7,9	8,4
28,0% dar. 55 Jahre und älter	1.358	1.351	1.358	7	0,5	89	7,0	6,8	7,1
13,2% Langzeitarbeitslose	639	652	650	-13	-2,0	35	5,8	6,9	5,2
8,4% Schwerbehinderte	406	408	416	-2	-0,5	-4	-1,0	-2,2	-4,1
13,4% Ausländer	653	640	665	13	2,0	83	14,6	19,2	15,7
Zugang an Arbeitslosen									
Insgesamt	1.515	1.402	1.473	113	8,1	116	8,3	14,6	-3,5
dar. aus Erwerbstätigkeit	905	799	802	106	13,3	58	6,8	12,2	-12,8
aus Ausbildung/sonst. Maßnahme	247	244	365	3	1,2	24	10,8	27,1	43,7
seit Jahresbeginn	14.134	12.619	11.217	x	x	351	2,5	1,9	0,5
Abgang an Arbeitslosen									
Insgesamt	1.492	1.548	1.341	-56	-3,6	102	7,3	5,7	-3,9
dar. in Erwerbstätigkeit	645	716	606	-71	-9,9	16	2,5	1,8	0,8
in Ausbildung/sonst. Maßnahme	299	289	202	10	3,5	57	23,6	22,5	-9,4
seit Jahresbeginn	12.702	11.210	9.662	x	x	305	2,5	1,8	1,3
Arbeitslosenquoten bezogen auf									
alle zivilen Erwerbspersonen	2,1	2,1	2,2	x	x	x	1,9	2,0	2,1
dar. Männer	2,2	2,2	2,3	x	x	x	1,9	2,0	2,1
Frauen	2,1	2,1	2,1	x	x	x	1,9	1,9	2,1
15 bis unter 25 Jahre	2,4	2,7	3,1	x	x	x	2,1	2,4	3,1
15 bis unter 20 Jahre	1,1	1,2	1,5	x	x	x	0,7	0,8	1,3
50 bis unter 65 Jahre	2,8	2,8	2,8	x	x	x	2,7	2,7	2,7
55 bis unter 65 Jahre	3,5	3,5	3,5	x	x	x	3,5	3,5	3,5
Ausländer	2,9	2,8	2,9	x	x	x	2,6	2,4	2,6
abhängige zivile Erwerbspersonen	2,3	2,4	2,5	x	x	x	2,1	2,2	2,3
Unterbeschäftigung									
Arbeitslosigkeit im weiteren Sinne	4.904	4.967	5.195	-63	-1,3	507	11,5	10,8	8,0
Unterbeschäftigung im engeren Sinne	5.384	5.399	5.588	-15	-0,3	527	10,9	9,0	6,6
Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit)	5.586	5.596	5.786	-10	-0,2	478	9,4	7,1	4,1
Unterbeschäftigungsquote	2,4	2,4	2,5	x	x	x	2,2	2,3	2,4
Leistungsempfänger									
Arbeitslosengeld ²⁾	4.729	4.592	4.785	137	3,0	617	15,0	9,6	7,5

1) Bei Quoten werden die Vorjahreswerte ausgewiesen.

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Die Differenzierung nach Rechtskreisen basiert auf anteiligen Quoten der Arbeitslosen in den beiden Rechtskreisen, d.h. die Basis ist jeweils gleich und in der Summe ergibt sich die Arbeitslosenquote insgesamt. Abweichungen in der Summe sind rundungsbedingt.

2) Vorläufige, hochgerechnete Werte für September 2013 und Oktober 2013; ohne Arbeitslosengeld bei Weiterbildung.

Eckwerte des Arbeitsmarktes im Rechtskreis SGB II

[zurück zum Inhalt](#)

Rhein-Kreis Neuss (05162)
Oktober 2013

Merkmale	Okt 2013	Sep 2013	Aug 2013	Veränderung gegenüber					
				Vormonat		Vorjahresmonat ¹⁾			
						Okt 2012		Sep 2012	Aug 2012
				absolut	in %	absolut	in %	in %	in %
Bestand an Arbeitsuchenden									
Insgesamt	15.938	15.921	16.021	17	0,1	454	2,9	2,6	2,8
Bestand an Arbeitslosen									
Insgesamt	9.646	9.560	9.621	86	0,9	749	8,4	8,2	5,5
52,3% Männer	5.045	4.998	4.996	47	0,9	456	9,9	9,2	6,0
47,7% Frauen	4.601	4.562	4.625	39	0,9	293	6,8	7,0	4,9
6,3% 15 bis unter 25 Jahre	607	610	688	-3	-0,5	15	2,5	4,3	-2,8
1,4% dar. 15 bis unter 20 Jahre	134	139	169	-5	-3,6	-2	-1,5	3,7	-2,3
29,4% 50 Jahre und älter	2.834	2.755	2.771	79	2,9	180	6,8	5,7	4,8
16,2% dar. 55 Jahre und älter	1.565	1.534	1.527	31	2,0	136	9,5	9,2	8,6
54,2% Langzeitarbeitslose	5.226	5.053	4.984	173	3,4	682	15,0	12,6	10,4
5,5% Schwerbehinderte	528	517	527	11	2,1	-1	-0,2	-3,2	-0,8
25,7% Ausländer	2.475	2.452	2.441	23	0,9	276	12,6	12,7	8,3
Zugang an Arbeitslosen									
Insgesamt	1.423	1.450	1.412	-27	-1,9	-21	-1,5	0,8	-22,4
dar. aus Erwerbstätigkeit	281	267	259	14	5,2	-5	-1,7	-1,1	-17,8
aus Ausbildung/sonst. Maßnahme	391	349	428	42	12,0	-13	-3,2	-3,3	-10,3
seit Jahresbeginn	14.169	12.746	11.296	x	x	-1.552	-9,9	-10,7	-12,0
Abgang an Arbeitslosen									
Insgesamt	1.455	1.587	1.512	-132	-8,3	-21	-1,4	-13,0	-19,0
dar. in Erwerbstätigkeit	312	282	280	30	10,6	-28	-8,2	-27,5	-25,1
in Ausbildung/sonst. Maßnahme	339	430	338	-91	-21,2	3	0,9	-18,4	-14,2
seit Jahresbeginn	14.550	13.095	11.508	x	x	-2.119	-12,7	-13,8	-13,9
Arbeitslosenquoten bezogen auf									
alle zivilen Erwerbspersonen	4,2	4,2	4,2	x	x	x	3,9	3,9	4,0
dar. Männer	4,1	4,1	4,1	x	x	x	3,8	3,8	3,9
Frauen	4,3	4,2	4,3	x	x	x	4,0	4,0	4,1
15 bis unter 25 Jahre	2,7	2,7	3,0	x	x	x	2,6	2,6	3,1
15 bis unter 20 Jahre	2,1	2,2	2,7	x	x	x	2,1	2,1	2,7
50 bis unter 65 Jahre	4,1	4,0	4,0	x	x	x	4,0	3,9	4,0
55 bis unter 65 Jahre	4,1	4,0	4,0	x	x	x	4,0	3,9	3,9
Ausländer	10,9	10,8	10,7	x	x	x	10,0	9,9	10,2
abhängige zivile Erwerbspersonen	4,7	4,6	4,6	x	x	x	4,3	4,3	4,4
Unterbeschäftigung									
Arbeitslosigkeit im weiteren Sinne	10.773	10.761	10.837	12	0,1	723	7,2	7,6	5,6
Unterbeschäftigung im engeren Sinne	11.989	11.994	12.082	-5	-0,0	185	1,6	1,2	1,3
Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit)	11.989	11.994	12.082	-5	-0,0	184	1,6	1,2	1,2
Unterbeschäftigungsquote	5,1	5,1	5,2	x	x	x	5,1	5,1	5,2
Leistungsempfänger									
erwerbsfähige Leistungsberechtigte ²⁾	21.148	21.228	21.285	-80	-0,4	591	2,9	3,1	3,0
nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte ²⁾	8.824	8.872	8.887	-48	-0,5	172	2,0	3,4	3,4
Bedarfsgemeinschaften ²⁾	15.316	15.360	15.390	-44	-0,3	442	3,0	3,6	3,5

1) Bei Quoten werden die Vorjahreswerte ausgewiesen.

Die Differenzierung nach Rechtskreisen basiert auf anteiligen Quoten der Arbeitslosen in den beiden Rechtskreisen,

d.h. die Basis ist jeweils gleich und in der Summe ergibt sich die Arbeitslosenquote insgesamt. Abweichungen in der Summe sind rundungsbedingt.

2) Vorläufige, hochgerechnete Werte für August 2013 bis Oktober 2013.

Bestand an Arbeitslosen nach Gemeinden

Berichtsmonat	Mönchengladbach Stadt	Rhein-Kreis Neuss	Dormagen Stadt	Grevenbroich Stadt	Jüchen	Kaarst Stadt	Korschenbroich Stadt	Meerbusch Stadt	Neuss Stadt	Rommerskirchen
Okt 12	14.062	13.261	1.562	1.893	526	1.043	622	1.329	6.072	214
Nov 12	14.054	13.183	1.559	1.848	528	1.031	606	1.332	6.054	225
Dez 12	13.939	13.411	1.578	1.916	534	1.049	614	1.343	6.166	211
Jan 13	14.708	14.544	1.774	2.083	574	1.117	662	1.412	6.685	237
Feb 13	15.013	14.740	1.812	2.171	592	1.119	667	1.430	6.708	241
Mrz 13	14.868	14.485	1.787	2.159	581	1.103	656	1.426	6.521	252
Apr 13	15.103	14.659	1.791	2.242	591	1.113	670	1.439	6.558	255
Mai 13	15.233	14.503	1.754	2.160	589	1.093	661	1.421	6.570	255
Jun 13	15.144	14.538	1.729	2.180	586	1.116	657	1.401	6.610	259
Jul 13	15.365	14.769	1.726	2.231	582	1.154	674	1.388	6.747	267
Aug 13	15.504	14.794	1.689	2.222	557	1.165	697	1.413	6.774	277
Sep 13	15.019	14.504	1.678	2.150	558	1.111	697	1.373	6.670	267
Okt 13	14.892	14.502	1.647	2.100	540	1.107	702	1.374	6.780	252

Bestand an Arbeitslosen nach Gemeinden - nur Sozialgesetzbuch III (SGB III) Rechtskreis

Berichtsmonat	Mönchengladbach Stadt	Rhein-Kreis Neuss	Dormagen Stadt	Grevenbroich Stadt	Jüchen	Kaarst Stadt	Korschenbroich Stadt	Meerbusch Stadt	Neuss Stadt	Rommerskirchen
Okt 12	2.976	4.364	552	703	240	416	305	527	1.509	112
Nov 12	2.924	4.332	565	663	244	415	290	526	1.516	113
Dez 12	3.035	4.429	570	679	239	439	295	539	1.558	110
Jan 13	3.439	5.019	676	777	267	479	339	585	1.767	129
Feb 13	3.523	5.179	726	838	281	477	344	584	1.806	123
Mrz 13	3.321	5.016	704	811	265	446	342	546	1.769	133
Apr 13	3.349	5.047	699	837	270	452	344	550	1.753	142
Mai 13	3.238	4.862	665	757	277	418	339	521	1.747	138
Jun 13	3.218	4.899	658	769	271	446	338	499	1.774	144
Jul 13	3.331	5.189	672	845	269	486	358	512	1.895	152
Aug 13	3.340	5.173	628	839	251	504	373	551	1.869	158
Sep 13	3.183	4.944	629	816	247	447	368	536	1.747	154
Okt 13	3.094	4.856	597	785	239	446	363	537	1.752	137

Bestand an Arbeitslosen nach Gemeinden - nur Sozialgesetzbuch II (SGB II) Rechtskreis

Berichtsmonat	Mönchengladbach Stadt	Rhein-Kreis Neuss	Dormagen Stadt	Grevenbroich Stadt	Jüchen	Kaarst Stadt	Korschenbroich Stadt	Meerbusch Stadt	Neuss Stadt	Rommerskirchen
Okt 12	11.086	8.897	1.010	1.190	286	627	317	802	4.563	102
Nov 12	11.130	8.851	994	1.185	284	616	316	806	4.538	112
Dez 12	10.904	8.982	1.008	1.237	295	610	319	804	4.608	101
Jan 13	11.269	9.525	1.098	1.306	307	638	323	827	4.918	108
Feb 13	11.490	9.561	1.086	1.333	311	642	323	846	4.902	118
Mrz 13	11.547	9.469	1.083	1.348	316	657	314	880	4.752	119
Apr 13	11.754	9.612	1.092	1.405	321	661	326	889	4.805	113
Mai 13	11.995	9.641	1.089	1.403	312	675	322	900	4.823	117
Jun 13	11.926	9.639	1.071	1.411	315	670	319	902	4.836	115
Jul 13	12.034	9.580	1.054	1.386	313	668	316	876	4.852	115
Aug 13	12.164	9.621	1.061	1.383	306	661	324	862	4.905	119
Sep 13	11.836	9.560	1.049	1.334	311	664	329	837	4.923	113
Okt 13	11.798	9.646	1.050	1.315	301	661	339	837	5.028	115

Arbeitslosenquoten nach Gemeinden

Berichtsmonat	Mönchengladbach Stadt	Rhein-Kreis Neuss	Dormagen Stadt	Grevenbroich Stadt	Jüchen	Kaarst Stadt	Korschenbroich Stadt	Meerbusch Stadt	Neuss Stadt	Rommerskirchen
Okt 12	10,7	5,8	4,8	5,7	/	5,0	3,6	5,1	7,6	/
Nov 12	10,7	5,8	4,8	5,6	/	5,0	3,5	5,1	7,6	/
Dez 12	10,6	5,9	4,9	5,8	/	5,0	3,6	5,2	7,7	/
Jan 13	11,2	6,4	5,5	6,3	/	5,4	3,8	5,4	8,4	/
Feb 13	11,5	6,5	5,6	6,5	/	5,4	3,9	5,5	8,4	/
Mrz 13	11,3	6,4	5,5	6,5	/	5,3	3,8	5,5	8,2	/
Apr 13	11,5	6,4	5,5	6,8	/	5,4	3,9	5,5	8,2	/
Mai 13	11,5	6,3	5,4	6,4	/	5,2	3,8	5,4	8,2	/
Jun 13	11,5	6,3	5,3	6,5	/	5,3	3,7	5,3	8,2	/
Jul 13	11,6	6,4	5,3	6,7	/	5,5	3,8	5,2	8,4	/
Aug 13	11,7	6,4	5,2	6,6	/	5,6	4,0	5,3	8,4	/
Sep 13	11,4	6,3	5,1	6,4	/	5,3	4,0	5,2	8,3	/
Okt 13	11,3	6,3	5,0	6,3	/	5,3	4,0	5,2	8,4	/

Arbeitslosenquoten nach Gemeinden - nur Sozialgesetzbuch III (SGB III) Rechtskreis

Berichtsmonat	Mönchengladbach Stadt	Rhein-Kreis Neuss	Dormagen Stadt	Grevenbroich Stadt	Jüchen	Kaarst Stadt	Korschenbroich Stadt	Meerbusch Stadt	Neuss Stadt	Rommerskirchen
Okt 12	2,3	1,9	1,7	2,1	/	2,0	1,8	2,0	1,9	/
Nov 12	2,2	1,9	1,7	2,0	/	2,0	1,7	2,0	1,9	/
Dez 12	2,3	1,9	1,8	2,0	/	2,1	1,7	2,1	2,0	/
Jan 13	2,6	2,2	2,1	2,3	/	2,3	2,0	2,2	2,2	/
Feb 13	2,7	2,3	2,2	2,5	/	2,3	2,0	2,2	2,3	/
Mrz 13	2,5	2,2	2,2	2,4	/	2,1	2,0	2,1	2,2	/
Apr 13	2,6	2,2	2,2	2,5	/	2,2	2,0	2,1	2,2	/
Mai 13	2,4	2,1	2,0	2,3	/	2,0	1,9	2,0	2,2	/
Jun 13	2,4	2,1	2,0	2,3	/	2,1	1,9	1,9	2,2	/
Jul 13	2,5	2,3	2,0	2,5	/	2,3	2,0	1,9	2,4	/
Aug 13	2,5	2,2	1,9	2,5	/	2,4	2,1	2,1	2,3	/
Sep 13	2,4	2,1	1,9	2,4	/	2,1	2,1	2,0	2,2	/
Okt 13	2,3	2,1	1,8	2,3	/	2,1	2,1	2,0	2,2	/

Arbeitslosenquoten nach Gemeinden - nur Sozialgesetzbuch II (SGB II) Rechtskreis

Berichtsmonat	Mönchengladbach Stadt	Rhein-Kreis Neuss	Dormagen Stadt	Grevenbroich Stadt	Jüchen	Kaarst Stadt	Korschenbroich Stadt	Meerbusch Stadt	Neuss Stadt	Rommerskirchen
Okt 12	8,5	3,9	3,1	3,6	/	3,0	1,8	3,1	5,7	/
Nov 12	8,5	3,9	3,1	3,6	/	3,0	1,8	3,1	5,7	/
Dez 12	8,3	3,9	3,1	3,7	/	2,9	1,8	3,1	5,8	/
Jan 13	8,6	4,2	3,4	3,9	/	3,1	1,9	3,2	6,2	/
Feb 13	8,8	4,2	3,3	4,0	/	3,1	1,9	3,2	6,1	/
Mrz 13	8,8	4,2	3,3	4,1	/	3,2	1,8	3,4	6,0	/
Apr 13	9,0	4,2	3,4	4,2	/	3,2	1,9	3,4	6,0	/
Mai 13	9,1	4,2	3,3	4,2	/	3,2	1,8	3,4	6,0	/
Jun 13	9,0	4,2	3,3	4,2	/	3,2	1,8	3,4	6,0	/
Jul 13	9,1	4,2	3,2	4,1	/	3,2	1,8	3,3	6,0	/
Aug 13	9,2	4,2	3,2	4,1	/	3,2	1,8	3,3	6,1	/
Sep 13	9,0	4,2	3,2	4,0	/	3,2	1,9	3,2	6,1	/
Okt 13	8,9	4,2	3,2	3,9	/	3,2	1,9	3,2	6,2	/

Erstellungsdatum: 25.10.2013, Statistik-Service West

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

/ = Die Bundesagentur für Arbeit veröffentlicht keine Arbeitslosenquoten für Gemeinden mit weniger als 15.000 zivilen Erwerbspersonen.

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. 010/2834/XV/2013

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	06.11.2013	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

Haushalt/ Herstellung des Benehmens gem. § 55 KrO NRW

Anlagen:

Pressemitteilung 675-2013

Übersicht



PRESSEMITTEILUNG NR. 675/2013
Datum: 04.11.2013

**rhein
kreis
neuss**

Rhein-Kreis Neuss
Der Landrat
 Presse- und
 Öffentlichkeitsarbeit
 Pressesprecher
 Harald Vieten (V.i.S.d.P.)
 Oberstraße 91
 41460 Neuss

Gemeinsame Presseerklärung der Bürgermeister-
Konferenz vom 4.11.2013

**Kreis plant erstmals Doppelhaushalt /
Gemeinsamer Appell an Bund und Land**

Rhein-Kreis Neuss/Rommerskirchen. Mit einem Paukenschlag stellten Landrat Hans-Jürgen Petrauschke und Kreiskämmerer Ingolf Graul die Eckdaten für den Kreishaushalt in der Bürgermeisterkonferenz vor. Erstmals wollen Landrat und Kämmerer einen Doppelhaushalt für die Haushaltsjahre 2014 und 2015 in den Kreistag einbringen. Der Hebesatz der Kreisumlage soll von 40,9 Prozent auf 39,8 Prozent (-1,1 Prozentpunkte) sinken und für beide Haushaltsjahre festgeschrieben werden. Die Bürgermeister begrüßten den Vorschlag eines Doppelhaushaltes für die Planungssicherheit der eigenen Haushalte. Der Hebesatz soll mit dem Zahlenwerk nun in den Rathäusern eingehend geprüft werden.

Finanzdruck wächst weiter

Petrauschke bedauerte, dass neue Zusatzbelastungen wie etwa nach dem Einheitslastenabrechnungsgesetz und steigende Ausgaben im Sozialbereich eine weitere Absenkung der Umlage verhindert habe. Absolut erhöht sich die Kreisumlage 2014 zwar gegenüber dem Haushaltsjahr 2013 wegen der Mitnahmeeffekte um rund 8,5 Millionen Euro auf 220,1 Millionen Euro, insbesondere durch die gestiegenen Steuerkraftentwicklungen bei den Städten und Gemeinden. Dem gegenüber stehen jedoch in 2014 Mehrausgaben in Höhe von 8,8 Millionen Euro, davon 7,2 Millionen Euro an den Landschaftsverband Rheinland (LVR) und 1,6 Millionen Euro nach dem Einheitslastenabrechnungsgesetz an das Land Nordrhein-Westfalen.

Der geplante Doppelhaushalt 2014/2015 in Höhe von 407,4 bzw. 412,1 Millionen Euro wird wiederum stark von den Sozialaufwendungen geprägt, die rund 60 Prozent ausmachen. Die Einnahmen der Kreisumlage, die die Städ-

te und Gemeinden aufbringen müssen, decken erneut nicht die Kosten für die Sozialaufwendungen einschließlich LVR-Umlage, die der Kreis tragen muss. Auch hierin zeige sich, dass die Schere zwischen Einnahmen und Sozialkosten immer weiter auseinandergehe.

Einig waren sich Landrat und Bürgermeister, dass der wirtschaftliche Aufschwung der vergangenen Jahre an der prekären kommunalen Finanzlage wenig geändert hat. Die Einnahmen reichen dauerhaft nicht für die stetig wachsenden Sozialaufwendungen, die überwiegend gesetzlich vorgeschrieben und fremdbestimmt sind, beispielsweise die Unterkunfts- und Heizkosten für die Bezieher von Hartz IV, die U3-Betreuung, oder die Kosten für Eingliederungshilfe von Menschen mit Behinderungen.

Allein für 2014 erwartet die Kreisverwaltung Brutto-Steigerungen bei der Eingliederungshilfe in Höhe von 17,9 Prozent auf 4,6 Millionen Euro, 27 Prozent bei der Hilfe zur Pflege auf 13,5 Millionen Euro und 8 Prozent beim Pflegewohngeld auf 12,6 Millionen Euro. In der Bürgermeister-Konferenz wurde vereinbart, dass Kämmerer und Sozialdezernenten den Bereich der Sozialaufwendungen intensiv nach möglichen Verbesserungen prüfen sollen.

Landrat Petrauschke versprach auch, dass der Kreis nachträglich eintretende finanzielle Verbesserungen bei der LVR-Umlage und bei der Eingliederungshilfe an die Städte und Gemeinden weitergeben werde. Diese Forderung hatten die Bürgermeister in Rommerskirchen gestellt. Für die Nachzahlung an das Land aus dem Einheitslastenabrechnungsgesetz für den Zeitraum 2009 bis 2011 in Höhe von rund 4,7 Millionen Euro hat der Kreis die Städte und Gemeinden bereits entlastet, indem er diesen Betrag im Jahresabschluss des Haushaltjahres 2012 ergebniswirksam verarbeitet hat.

Gemeinsamer Appell an Bund und Land

Angesichts der großen finanziellen Herausforderungen haben die Teilnehmer der Bürgermeister-Konferenz auch die derzeit stattfindenden Koalitionsverhandlungen in Berlin im Blick. Einiges sei vom Bund bereits auf dem Weg gebracht, begrüßten Landrat und Bürgermeister. So habe der Bund die Kommunen durch die Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter dauerhaft entlastet. Diese Entlastung werde aber inzwischen durch Kosten-

Ansprechpartner:
 Harald Vieten
 Tel.: 02131/928-1300
 Fax: 02131/928-1398

E-Mail:
 presse@rhein-kreis-neuss.de

Internet:
 www.rhein-kreis-neuss.de

steigerungen bei anderen Sozialausgaben wie der Hilfe zur Pflege oder der Eingliederungshilfe wieder aufgezehrt. Gemeinsam fordern Landrat und Bürgermeister, dass sich der Bund angemessen an den steigenden Kosten für die Eingliederungshilfe beteiligen solle, so wie es im Juli 2012 im Rahmen des Fiskalpakts zwischen Bund und Ländern verabredet wurde.

Darüber hinaus fordern sie, dass trotz derzeit sprudelnden Steuereinnahmen die Neuregelung der Gemeindefinanzierung nicht vergessen werden dürfe. Die kommunalen Finanznöte müssen bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin auch Thema werden. Bei den anstehenden Neuverhandlungen der Bund-Länder-Finanzbeziehungen sei endlich ernsthaft eine Umgestaltung des kommunalen Finanzierungssystems in Angriff zu nehmen, die die kommunale Ebene strukturell und dauerhaft entlasten.

NRW-Kommunen besonders belastet

Hart gingen Landrat und Bürgermeister auch mit der derzeitigen Landespolitik ins Gericht, die ihrer Ansicht nach kein nachhaltiges Konzept besitze, die Kommunen dauerhaft aus der finanziellen Krise herauszuführen. So wuchs im Ländervergleich vor allem in Nordrhein-Westfalen die Verschuldung der Kommunen: Zwischen 2007 und 2011 stieg in NRW die Gesamtverschuldung um mehr als 10 Milliarden Euro auf 47,8 Milliarden Euro. Bedrohlich: 45 Prozent davon sind Kassenkredite, denen keinerlei Werte oder Investitionen gegenüber stehen. Das geht aus dem Kommunalen Finanzreport 2013 der Bertelsmann-Stiftung hervor. Alarmierend ist dabei auch, dass mehr als die Hälfte der gesamten Kassenkredite aller deutschen Kommunen 2011 auf nur 30 Städte und Landkreise entfallen, davon liegen 19 in Nordrhein-Westfalen. Die besondere Haushaltskrise der NRW-Kommunen drückt sich auch in den bundesweit niedrigsten Bauausgaben aus, heißt es weiter im Finanzreport.

Erfahrungen, die auch im wirtschaftsstarken Rhein-Kreis Neuss spürbar sind. Viele Vorhaben beispielsweise die Instandsetzung von Schulgebäuden und Straßen müssen auch hier aufgeschoben werden, weil schlicht das Geld für Investitionen fehle und das Land die Förderung von Infrastrukturmaßnahmen zurückschraube, monierten die Spitzenvertreter in Rommerskirchen.

Der kreisangehörige Raum werde in NRW darüber hinaus seit Jahrzehnten gegenüber den kreisfreien Städten beim kommunalen Finanzausgleich in Millionenhöhe benachteiligt. Das geht aus dem von der rot-grünen Landesregierung selbst in Auftrag gegebenen Gutachten des Finanzwissenschaftlichen Instituts der Universität Köln (FiFo) hervor, das in diesem Jahr landesweit für Aufregung sorgte. Landrat, Bürgermeister und Kämmerer mahnen die Landesregierung, schnellstmöglich Konsequenzen aus dem eigenen und weiteren vorliegenden Gutachten zu ziehen und Anpassungen zugunsten des kreisangehörigen Raums umzusetzen.

Ohne strukturelle Entlastungen von Bund und Land werden die Kommunen die explodierenden Soziallasten künftig nicht mehr schultern können, so der einhellige Tenor in Rommerskirchen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Harald Vieten
Pressesprecher

Info für die Redaktionen:

Fahrplan Kreishaushalt

Nach der Unterrichtung der Bürgermeister wird der Etatentwurf aufgestellt und mit den möglichen Stellungnahmen der Städte und Gemeinden am 17. Dezember 2013 in öffentlicher Sitzung im Kreistag von Landrat und Kämmerer eingebracht. Die endgültige Entscheidung über den künftigen Etat des Rhein-Kreises Neuss ist in der Kreistagssitzung am 25. März 2014 vorgesehen. Bis dahin haben die 74 Kreistagsabgeordneten noch einen wahren Sitzungsmarathon in den Fachausschüssen des Kreistages zu absolvieren, um den Etatentwurf zu beraten.

Sitzung Bürgermeisterkonferenz 04.11.2013

TOP I Haushalt / Herstellung des Benehmens gem. § 55 KrO NRW

Haushaltsjahr	2013	2014	2015
Hebesatz Kreisumlage	40,9 v. H.	39,8 v.H.	39,8 v.H.
Umlagegrundlagen	517,57 Mio. €	553,08 Mio. €	564,14 Mio. €
Aufkommen Kreisumlage	211,68 Mio. €	220,13 Mio. €	224,53 Mio. €
Mehraufkommen Kreisumlage		8,45 Mio. €	4,4 Mio. €
Mehraufwand Landschaftsumlage		6,42 Mio. €	1,96 Mio. €
Bedarfsumlage LVR		0,77 Mio. €	
Rückzahlung an Land wg. ELAG	4,7 Mio. €	1,6 Mio. €	1,8 Mio. €
Mehraufwand Sozialbereich (brutto) u.a.			
Ambulante Eingliederungshilfe		0,7 Mio. €	0,7 Mio. €
Hilfe zur Pflege		2,9 Mio. €	0,3 Mio. €
Pflegewohngeld		0,9 Mio. €	1,2 Mio. €
SGB II (50 %)		1,4 Mio. €	0,6 Mio. €

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. V/2833/XV/2013

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	06.11.2013	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

**Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion zum Thema
"Kreisarchiverweiterungsbau" vom 04.11.2013 und Antwort der
Verwaltung**

Sachverhalt:

1. War dem Rhein-Kreis Neuss nicht bekannt, dass bei einer Baumaßnahme in Zons Denkmalaufgaben zu beachten sind?

Die geplante Neubaumaßnahme, also das vom Kreis zu errichtende Gebäude für die Archiverweiterung, stellt als solches kein Baudenkmal im Sinne § 1 und 2 Denkmalschutzgesetz Nordrhein-Westfalen dar.

Weiterhin ist festzuhalten, dass derzeit für den Ortsteil Zons keine gültige Denkmalbereichssatzung vorliegt, aus der sich Auflagen für einen Neubau ergeben.

Nach § 9 Abs. 1b Denkmalschutzgesetz NW bedarf es jedoch der Erlaubnis der unteren Denkmalbehörde, wer in der engeren Umgebung von Baudenkmalern Anlagen errichten will, wenn hierdurch das Erscheinungsbild des Denkmals beeinträchtigt wird (Ensembleschutz). Dies war der Kreisverwaltung bekannt. Aufgrund der hierzu zuletzt im Gespräch am 16. Oktober 2013 gestellten Anforderungen konnte keine Einigung mit der Denkmalpflege erzielt werden.

2. Warum hat der Rhein-Kreis Neuss eine unangepasste Bebauung geplant und kritische Hinweise, die gerade auch aus Zons kamen, ignoriert?

Der vom Rhein-Kreis Neuss favorisierte Entwurf stellt mit der Aufnahme der historischen Baulinien und der Übernahme der Kubatur des alten Klostergebäudes aus Sicht der Kreisverwaltung eine angepasste Bebauung dar, ohne historisierend zu sein. Eine solche historisierende Bauweise wurde jedoch vielfach in Zons gefordert.

3. Welche Kosten sind durch die nun nicht mehr umsetzbare Planung entstanden?

Da der neue Entwurf ebenfalls die historische Baulinie des Klostergebäudes und seine Kubatur aufnimmt, sind keine zusätzlichen Kosten entstanden.

4. Welche Kosten entstehen nun durch die Neuplanungen?

Durch die nunmehr vorgeschlagene Putzfassade wird das Vorhaben etwas günstiger als durch die ursprünglich geplante Vorhangfassade. Allerdings werden die Instandhaltungskosten für die Putzfassade etwas höher sein als bei der Vorhangfassade.

5. Warum wird eine „grundsächliche“ Alternative zum Standort in Zons z. B. Grevenbroich sofort wieder „ausgeschossen“?

Die Alternative zum Standort Zons ist ausgeschlossen worden, weil geltende Beschlüsse des Kulturausschusses vom 13. Mai 2013 und des Kreisausschusses vom 12. Juni 2013 der Umsetzung entgegen stehen.

6. Wurde auch geprüft, ob eine Rettungswache an dem Standort Zons überhaupt sinnvoll ist?

Eine Rettungswache am Standort des zukünftigen Archiverweiterungsbaus war nie Gegenstand des Planungsverfahrens der Verwaltung. Die zwischenzeitlich angedachte Mitnutzung der überdachten Anlieferung für das Rettungswesen ist aufgegeben worden, da dieser Gebäudeteil entfällt.

7. Ist eine Realisierung des Archivneubaus auch ohne Rettungswache finanziell darstellbar?

Die Kosten für den Archiverweiterungsbau sind vollständig im Haushaltsplan 2013, auch für die kommenden Jahre, etatisiert worden.

8. Mit welchen Änderungen ist noch zu rechnen, z. B. durch archäologische Untersuchungen?

Archäologische Funde können nicht ausgeschlossen werden. Deshalb wird nach Eigentumsübergang eine archäologische Untersuchung durchgeführt, um weiteren Aufschluss zu erhalten. Gegenüber der Denkmalbehörde hat die Kreisverwaltung geltend gemacht, dass Funde aus dem 19. Jahrhundert, insbesondere Kellergewölbe, zu keiner Veränderung des Archiverweiterungsbaues führen dürfen, soweit es sich um eine typische Bebauung handeln sollte, die häufig in Zons anzutreffen ist und an anderer Stelle besichtigt werden kann.

9. Werden bei der Neuplanung die Anwohner in Zons beteiligt?

Die Stadt Dormagen wird die Öffentlichkeit über die Veränderung des bestehenden Bebauungsplanes und über den aktuellen Entwurf der Kreisverwaltung im Rahmen des Bauleitplanung beteiligen. Hierzu wird ein Vorhaben- und Erschließungsplan in die Planungsausschusssitzung der Stadt Dormagen am 14. November 2013 eingebracht.

Weiterhin wird die Kreisverwaltung die überarbeitete Entwurfsplanung am 11. November 2013 in öffentlicher Sitzung des Kulturausschusses vorstellen.

Anlagen:

Anfrage SPD

An
Landrat des Rhein-Kreis Neuss
Herrn Hans-Jürgen Petrauschke
Kreisverwaltung
41460 Neuss

04.. November 2013

**Sitzung des Kreisausschusses am 06. November 2013
hier: Anfrage zum Kreisarchiverweiterungsbau**

Sehr geehrter Herr Landrat,

der Rhein Kreis Neuss hatte dem Kreistag die Planung für die Erweiterung des Kreisarchivs im denkmalgeschützten Zons vorgestellt. Diese wurde nach kritischer Diskussion mehrheitlich beschlossen. Im Nachhinein Stellt sich nun heraus, dass die Planung vom Rheinischen Amt für Denkmalpflege nicht akzeptiert wird. Massive Änderungen wären nötig, die Grundidee des Gebäudes wäre dann zerstört, so die Bewertung von Kreiskulturdezernent Tilmann Lonnes in der NGZ am 17.10.2012. Die SPD Kreistagsfraktion bittet um die Beantwortung folgender Fragen:

1. War dem Rhein Kreis Neuss nicht bekannt, dass bei einer Baumaßnahme in Zons Denkmalaufgaben zu beachten sind?
2. Warum hat der Rhein Kreis Neuss eine unangepasste Bebauung geplant und kritische Hinweise, die gerade auch aus Zons kamen, ignoriert?
3. Welche Kosten sind durch die nun nicht mehr umsetzbare Planung entstanden?
4. Welche Kosten entstehen nun durch Neuplanungen?
5. Warum wird eine grundsächliche Alternative zum Standort in Zons z.B. in Grevenbroich sofort wieder ausgeschossen?
6. Wurde auch geprüft, ob eine Rettungswache an dem Standort Zons überhaupt sinnvoll ist?
7. Ist eine Realisierung des Archivneubaus auch ohne Rettungswache finanziell darstellbar?
8. Mit welchen Änderungen ist noch zu rechnen, z.B. durch archäologische Untersuchungen?
9. Werden bei der Neuplanung die Anwohner in Zons beteiligt?

Mit freundlichen Grüßen



Rainer Thiel MdL
Vorsitzender

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. 010/2831/XV/2013

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	06.11.2013	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion zum Thema "Stellenausschreibung am Sportinternat Knechtsteden" vom 04.11.2013

Anlagen:

Anfrage SPD

An
Landrat des Rhein-Kreis Neuss
Herrn Hans-Jürgen Petrauschke
Kreisverwaltung
41460 Neuss

04.. November 2013

**Sitzung des Kreisausschusses am 06. November 2013
hier: Anfrage zur Stellenausschreibung am Sportinternat in Knechsteden**

Sehr geehrter Herr Landrat,

der Norbert Gymnasium e.V. hat am Sportinternat in Dormagen Knechsteden die Stelle eines/ einer Leiters / Leiterin zum 1.1.2014 ausgeschrieben .Einschränkend werden katholische oder andere christliche Bewerber gesucht, die sich für die Ziele eines katholischen Sportinternates einsetzen. Das Sportinternat wird aber durch erhebliche öffentliche Gelder finanziert.

Die SPD Kreistagsfraktion hat dazu folgende Fragen:

1. Ist die Ausschreibung mit dem Rhein Kreis Neuss abgestimmt?
2. Warum wird weniger eine sportliche Fachkraft mit pädagogischen Fähigkeiten sondern jemand mit kirchlichem Hintergrund gesucht?
3. Sind die Sportvereine, die mit dem Sportinternat kooperieren, einbezogen worden?

Mit freundlichen Grüßen



Rainer Thiel MdL
Vorsitzender

smart region Köln/Bonn

**Impulse und Meilensteine für den Klimaschutz
und die Energiewende**

Rainer Lucas, Kerstin Grimmer, Ralf Schüle

Kontakt:

Rainer Lucas

E-Mail: rainer.lucas@wupperinst.org

Tel.: 0202 2492 260

4.4 Impuls 4: Innovations-Partnerschaften

4.4.1 Herausforderungen

Für die Industrie sind kostengünstige Energieerzeugung aus fossilen und erneuerbaren Energieträgern und Versorgungssicherheit zentrale Standortfaktoren. Viele energieintensive Unternehmen haben sich in der Vergangenheit in der Nähe der großen, konventionellen Kraftwerke angesiedelt, um eine günstige Energieversorgung zu haben. Vor diesem Hintergrund besteht die Herausforderung, die Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Energiewende so zu gestalten, dass die Unternehmen wettbewerbsfähig bleiben. Ein wichtiger Ansatzpunkt hierfür ist, in den energieintensiven Industriezweigen die Energieeffizienz zu verbessern. Das geht von der Angebotsseite z.B. durch Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), Nutzung überschüssiger Prozesswärme bis zu den zahlreichen Öko-Profit Initiativen, die durch die Verbesserung der Energieeffizienz dazu beitragen, Kosten zu senken.

Ein anderer Ansatz ist die Stärkung der Umweltwirtschaft. Die Umweltwirtschaft ist eine querschnittsorientierte Branche. Längst geht es nicht mehr nur um Filter und Kläranlagen. Der Wandel vom nachsorgenden Umweltschutz zum integrierten, vorsorgenden Umweltschutz ist vielfach vollzogen. Dies führt dazu, dass inzwischen zahlreiche Branchen sich dem neuen Leitmarkt Energie- und Ressourceneffizienz zuwenden.

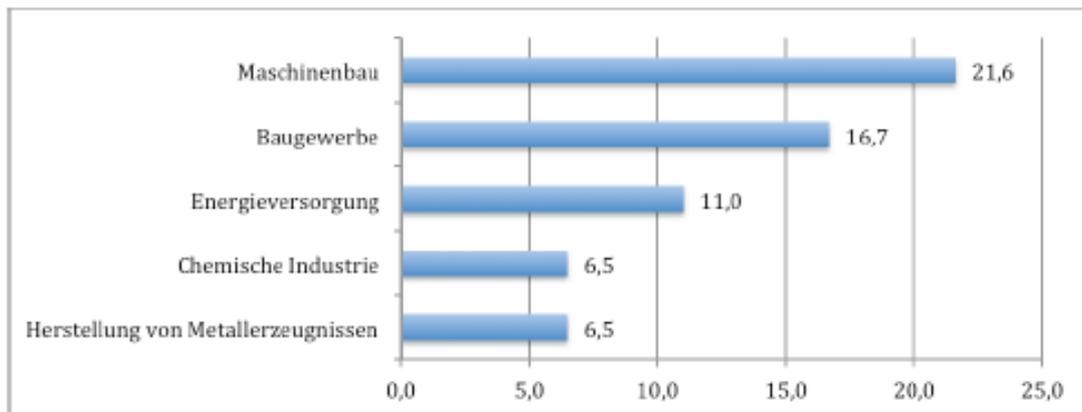


Abbildung 6, Branchenherkunft der im Bereich Umweltechnologien aktiven Unternehmen, Quelle: Bundesregierung, Umweltwirtschaftsbericht 2011, S. 117

Nach Landsberg (2013) waren in der Umweltwirtschaft NRWs im Jahr 2011 274.000 Personen beschäftigt und es wurde ein Gesamtumsatz von 60 Mrd. Euro erzielt. Die umweltfreundliche Energieerzeugung war hierbei mit 28 % beteiligt, die Abfall- und Kreislaufwirtschaft 27 %. Die Umweltwirtschaftsstrategie Nordrhein-Westfalens zielt darauf ab, die starke Position in der Umweltwirtschaft – auch mit Blick auf den Export – weiter

auszubauen und damit die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens zum Vorreiter für ein ressourcen- und energieeffizientes sowie klimaschutzorientiertes Wirtschaften zu machen. Die für die Umweltwirtschaft bedeutendsten Branchen sind auch im Rheinland besonders stark vertreten. Führende Unternehmen der Region wie die Bayer AG, Currenta GmbH & Co. OHG, InfraServ GmbH & Co. Knapsack KG) haben sich dem Netzwerk „Clean TechNRW“ angeschlossen.

Eine Studie des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung hat nachgewiesen (IÖW 2012), dass durch den Ausbau Erneuerbarer Energien insbesondere die Wertschöpfung in den ländlichen Räumen deutlich gesteigert werden kann. Die kommunale Wertschöpfung setzt sich hierbei aus drei Faktoren zusammen: Kommunale Steuereinnahmen (Kommunaler Anteil an der Gewerbesteuer und der Einkommenssteuer, dem Nettoeinkommen der Beschäftigten und den Unternehmergewinnen nach Steuern.) Der Ausbau der EE steigert hauptsächlich die Gewerbesteuereinnahmen, die von lokalen EE-Unternehmen entrichtet werden.

Die stärkeren Effekte im ländlichen Raum hängen damit zusammen, dass die Städte ein weitaus geringeres Potential an EE-Zubau haben als ländliche Regionen. Andererseits können Städte mit Produktionsunternehmen und Forschungseinrichtungen punkten. Schlüsselfaktor zur Erschließung der Potentiale sind die Einbindung der Energiewende in die Wirtschaftsförderung der Städte und Gemeinden sowie die Vernetzung der Wirtschaft mit den wissenschaftlichen Einrichtungen der Region.

4.4.2 Talente und Projekte der Region

Es gibt in der Region zahlreiche Projekte mit Industriebeteiligung, die dazu beitragen, dass CO₂-Emissionen im erheblichen Maße reduziert werden. Sie zeigen, dass umweltpolitische Ziele und ökonomische Ziele vereinbar sind und, dass zusätzliche regionale Wertschöpfung durch innovative, energieeffiziente Maßnahmen realisiert werden kann.

„Dream Production“ - Technische Erschließung von CO₂ als Synthesebaustein für Polymere

Die Bayer AG will das Treibhausgas CO₂ gemeinsam mit den Partnern von RWE und der RWTH Aachen als nützlichen Rohstoff einsetzen und in hochwertige Kunststoffe verwandeln. Im Fokus steht die Produktion von Polyurethan. Regionaler Bezug: Das im Rahmen von Dream Production eingesetzte Kohlendioxid stammt aus einem Braunkohlenkraftwerk im Rheinischen Revier. Dort wird es aus dem Rauchgas abgetrennt, gereinigt, verflüssigt und abgefüllt. Anschließend stellt die Bayer AG daraus in einer Pilotanlage im nahegelegenen Leverkusen, die seit Anfang 2011 in Betrieb ist, die Polyurethan-Komponente Polyol her, die normalerweise komplett auf Erdöl basiert. Ein Teil des knappen Öls wird dabei durch CO₂ ersetzt, das ebenfalls das zentrale Element Kohlenstoff enthält. Aus dem neuartigen, kohlendioxidbasierten Polyether-Polycarbonat-Polyol fertigt Bayer durch Mischung mit einer anderen Substanz (Isocyanat) einen Polyurethan-Schaumstoff. Als erstes Endprodukt sollen Matratzen aus CO₂-basiertem Polyurethan 2015 auf den Markt kommen.

Webseite BMBF: http://www.bmbf.de/pub/technologien_nachhaltigkeit_klimaschutz.pdf

Energieeffizienz im Chemiepark

Vor dem Hintergrund des Klimawandels und dessen Folgen hat die Firma Currenta GmbH und Co. OHG das Currenta Klimaschutzprogramm „Effizienzklasse A+“ initiiert. Das

Unternehmen bietet Dienstleistungen im chemisch-technischen Bereich an und betreibt u.a. den CHEMPARK an den Standorten Leverkusen, Dormagen und Krefeld-Uerdingen. Strom und Dampf werden nach dem Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung erzeugt und über eigene Energienetze direkt in die verschiedenen Produktionsstätten eingespeist. Die Anlagen arbeiten mit hohem Wirkungsgrad, schonen so natürliche Ressourcen und helfen den CHEMPARK-Unternehmen am Standort somit Energiekosten zu sparen.

Webseite Currenta: <http://www.energieeffizienz.currenta.de/>

Herstellung von Hochspannungsseekabeln für das Off-Shore Projekt Baltic 2

Im August 2011 hat nkt cables einen Vertrag mit 50Hertz Offshore GmbH in Höhe von rund 95 Millionen EUR für den Offshore-Windpark Baltic 2 unterzeichnet. Für nkt cables wird Baltic 2 ein weiteres Turn-Key Projekt, das armierte Hochspannungsseekabel, Garnituren und die Installation beinhaltet. Die ca. 60 km 150 kV Kabel (AC, 3-adrig) werden am Standort in Köln gefertigt.

Der deutsche Windpark Baltic 2 (ehemals Kriegers Flak) wird in der Ostsee ca. 32 km nördlich der Insel Rügen liegen. 80 Windmühlen werden eine Fläche von 27 Quadratkilometern bedecken mit einer Kapazität von 288 MW. Rund 340.000 Haushalte werden Strom aus dem Windpark, der voraussichtlich im Jahr 2013 in Betrieb genommen wird erhalten.

Webseite NKT <http://www.nktcables.com/de/news/2011/8/baltic/>

4.4.3 Empfehlungen für Meilensteine

Die Empfehlungen für Meilensteine zur wirtschaftlichen Entwicklung setzen an zwei unterschiedlichen Punkten an: Zum einen hat die konventionelle Energiewirtschaft ihre Effizienz- und Synergiepotentiale mit der Industrie noch lange nicht ausgeschöpft, zum anderen sollte durch die kommunale und regionale Wirtschaftsförderung der Weg zum weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien in Kooperation mit vielen anderen Akteuren ideenreich und dynamisch beschritten werden.

A. Meilensteine zur Erschließung synergetischer Potentiale zwischen Energiewirtschaft und Industrie

1. Modellierung und Abschätzung des gesamten regionalwirtschaftlichen Synergiepotentials zur CO₂-Nutzung
2. Entwicklung von Standortkonzepten zur kaskadenförmigen Nutzung und Verwertung von überschüssigen Energie- und Rohstoffpotentialen
3. Aufbau nachhaltiger Industrieparks und Gewerbegebiete

B. Meilensteine Erneuerbare Energien

a. Flächensicherungsmaßnahmen für den Ausbau von EE durch die Kommune

b. Förderung des EE-Ausbaus und von EE-Anlagen

konkrete Ausbauziele und –pläne (regionale Investoren und Betreiber fördern);
innovative Projekte und Produkte (Image)
Demonstrations- und Pilotprojekte
Verpachtung öffentlicher Flächen; Vermittlungsangebote/Börsen
Eigenbetrieb von Anlagen

c. Förderung ökonomischer Teilhabe (z.B. Bürgerenergieanlagen, Vernetzung lokaler Akteure, Einbeziehung lokaler Banken)
Breite finanzielle Beteiligung kann gleichzeitig ein wesentlicher Akzeptanzfaktor für den EE-Ausbau sein

d. Förderung und Ansiedelung von EE-Unternehmen und Unternehmensclustern
z.B. Aus- und Weiterbildung, F&E, Clustermanager

4.4.4 Koordinationsaufgaben und Akteure

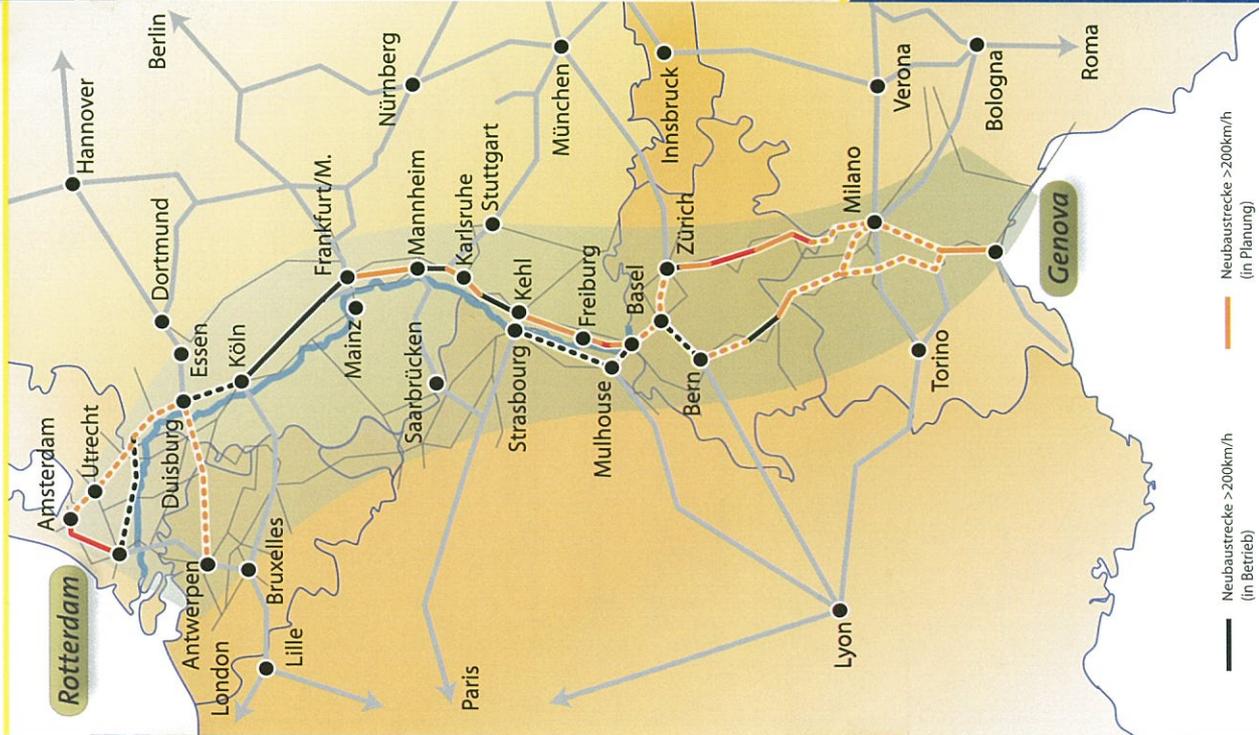
Im Zuge des Begleitprozesses wurde deutlich, dass die vielen dezentralen Energieerzeuger (Solar, Wind – Ausnahme Biomasse-Akteure) auf der regionalen Ebene relativ schwach vernetzt sind. Diesen kommt jedoch bei der Umsetzung der Energiewende eine zentrale Rolle zu. Daher sollte der Region Köln/Bonn e.V. die Initiative ergreifen, die vielen dezentralen Energieerzeuger an einen Tisch zu bringen und mit Ihnen zu beraten, welchen Beitrag sie zu einer *smart region* leisten können. In einem zweiten Schritt sollten Netzbetreiber, Unternehmen aus der Energiewirtschaft und Stadtwerke einbezogen werden, um über das Verhältnis von zentraler und dezentraler Energieerzeugung zu beraten.

Eine weitere Koordinationsaufgabe sehen wir im Bereich der regionalen Wirtschaftsförderung. Hier ist es wichtig, die Förderung und Entwicklung einer Erneuerbaren Energiewirtschaft zu bündeln und mit der Umweltwirtschaftsinitiative des Landes NRW zu verbinden. Hierbei sollten folgende Aufgaben wahrgenommen werden:

- Umfassende und aktuelle Informationsgrundlage über Fördermöglichkeiten für die Akteure in der Region Köln/Bonn schaffen
- Identifikation von Zukunftsmärkten u. -themen (Forsight)
- Nutzung der von Akteuren und Aktivitäten abgeleiteten Kompetenzen (z.B. Förderung und Kommunikation von Stärken und Potentialen)
- Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung in der Region (z.B. zielgerichtetes Konsortialmatching)
- Unterstützung bei der Suche nach Projektpartnern

Viele dieser Aufgaben zielen darauf, modellhafte Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Hierbei ist es wichtig, das umfangreiche Wissen der regionalen Forschungseinrichtungen zu nutzen und F&E-Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft aufzubauen.

Der Korridor 24 und seine Umgebung



- Neubaustrecke >200km/h (in Betrieb)
- Neu-/Ausbaustrecke <200km/h (in Betrieb)
- Neubaustrecke >200km/h (im Bau)
- Neu-/Ausbaustrecke <200km/h (im Bau)
- Übriges Hochgeschwindigkeitsnetz
- Konventionelle Strecke
- Neubaustrecke >200km/h (in Planung)
- Neu-/Ausbaustrecke <200km/h (in Planung)

Fakten:
 Programm INTERREG IV B NWE, Laufzeit 01/2010 - 12/2013
 Gesamtbudget 6.696.755 €, EFRE 3.191.530 €

Kooperationspartner:

One Corridor – One Strategy

Gemeinsame Regionalentwicklung für den Nord-Süd Korridor



Impressum:
 David Linse
 Stadt Mannheim
 Rathaus E5
 68159 Mannheim
 Tel. +49 621 / 293 95 03
 Fax +49 621 / 293 97 88
 david.linse@m Mannheim.de

Lead Partner Kontakt:
 Jörg Saalbach
 Verband Region Rhein-Neckar
 P7, 20/21
 68161 Mannheim
 Tel. +49 621 / 107 08 43
 Fax +49 621 / 107 08 34
 joerg.saalbach@vrrn.de

www.code-24.eu

www.code-24.eu



CODE24 – Corridor 24 Development Rotterdam-Genua

Das Projekt „CODE24“ zielt darauf ab, die Wirtschafts-, Verkehrs-, Umwelt- und Raumentwicklung entlang der transeuropäischen Verkehrsachse (TEN-V) Nr. 24 von Rotterdam nach Genua zu einer integrativen Gesamtstrategie zu vereinen. Der Korridor 24 umfasst mehrere europäische Regionen mit höchster Wirtschaftskraft. Die bedeutende europäische Nord-Süd-Achse verläuft durch die Niederlande, Deutschland, die Schweiz und Italien und verbindet den Nordseehafen Rotterdam mit dem Mittelmeerehafen Genua. In ihrem Einzugsgebiet leben rund 70 Millionen Menschen, und es werden ca. 50% (700 Millionen Tonnen jährlich) des Nord-Süd-Güterverkehrs auf der Schiene abgewickelt. Die Inbetriebnahme der Alpenbasistunnel, 2007 am Lötschberg und voraussichtlich 2017 am Gotthard, und der gleichzeitige Ausbau der Zulaufstrecken werden die Bedeutung des Korridors 24 weiter steigern. Nach wie vor begrenzen jedoch einige gravierende Engpässe und die unzureichende transregionale Koordination das Potenzial der Achse.

CODE24 strebt eine transnational abgestimmte Entwicklungsstrategie an, um die Optimierung und Weiterentwicklung des Korridors zu unterstützen. Dabei ist das Hauptziel, die Beschleunigung des Streckenausbaus und die Steigerung der Transportkapazitäten so zu gestalten, dass sowohl die wirtschaftliche und räumliche Entwicklung gefördert wird als auch negative Umweltauswirkungen durch den Schienenverkehr reduziert werden. Mit seinem Schwerpunkt auf regionalen Entwicklungsspekten und gemeinsamen, interregionalen Strategien wird das Projekt insbesondere die Rolle der regionalen Akteure entlang des Korridors stärken. Es werden Planungswerkzeuge und maßgeschneiderte Lösungen zur Beseitigung von Engpässen und Entwicklungshemmnissen und zur Bürgerbeteiligung erarbeitet. Damit unterstützt das Projekt sowohl den Ausbau des Schienennetzes als auch eine nachhaltige Raumentwicklung.

CODE24 wurde im Rahmen der strategischen Initiativen des INTERREG IWB NWE Programms bewilligt.

Arbeitspaket 1: Raumplanung und Infrastrukturentwicklung



Ziele

- Erarbeitung einer transnationalen Übersicht zum aktuellen Stand des Korridors
- Identifikation von Potenzialen und Erstellung von Szenarien für effektive Lösungen hinsichtlich der wesentlichen Flaschenhälse in den Bereichen Infrastruktur- und Raumentwicklung
- Förderung von Pilotprojekten einschließlich der Nutzung innovativer Raumplanungsmethoden und von Ad-hoc-Instrumenten

Maßnahmen

- Internet-basiertes Korridor-Informationssystem
- Instrument zur Visualisierung zukünftiger Entwicklungen in der Verkehrs- und Raumplanung
- Gemeinsamer Vorschlag für die Prioritäten der Weiterentwicklung des Korridors durch die involvierten Akteure
- Pilotprojekte: Testplanungen als informelle Planungsprozesse

Arbeitspaket 2: Umwelt und Lärm



Ziele

- Aufzeigen von Lösungsmöglichkeiten zur Harmonisierung großer Infrastrukturprojekte mit nationaler und europäischer Umwelt- und Naturschutzgesetzgebung
- Effiziente Anwendung von naturschutzrechtlichen Kompensationsmaßnahmen
- Bereitstellung von Informationen über innovative passive Lärmschutzsysteme
- Innovative Lösungen zur Lärminderung entlang von Schienestrecken und Bewertung ihrer Anwendbarkeit und Effektivität

Maßnahmen

- Management naturschutzrechtlicher Kompensationsmaßnahmen für große Infrastrukturprojekte
- Planungseifäden für innovative Lärmschutzsysteme

Arbeitspaket 3: Gütertransport und Logistik



Ziele

- Erhöhung der Transportkapazität der gesamten Achse und des wirtschaftlichen Nutzens für die Regionen entlang des Korridors
- Erarbeitung einer Strategie zur Entwicklung und Stärkung von Logistikclustern
- Identifikation der Kosten von Güterverkehrsengpässen
- Optimierung der Auslastung von Transportkapazitäten

Maßnahmen

- Gestaltung und Entwicklung von Logistikclustern und Bewertung ihrer Auswirkungen
- Prozessoptimierung zur Hinterlandanbindung der Terminalhäfen (Rotterdam und Genua)
- Abschätzung der Kosten und anderer Effekte von Engpässen für die Regionen
- Entwicklung einer Online-Börse für Transportleistungen im Schienengüterverkehr

Arbeitspaket 4: Kommunikation und Akzeptanz



Ziele

- Herstellung von Kontakten zu den Hauptzielgruppen
- Darstellung der Projektaktivitäten und –ergebnisse für unterschiedliche Zielgruppen auf regionaler und internationaler Ebene und Sensibilisierung für Entwicklungsbedürfnisse entlang des Korridors
- Schaffung eines Angebots zur gezielten Anhörung und Mitwirkung von betroffenen und interessierten Akteuren
- Schaffung einer permanenten Kooperationsplattform im Korridorraum

Maßnahmen

- Allgemeine Projektkommunikation
- Projektveranstaltungen, Konferenzen, Workshops und Seminare
- Planung und Durchführung regionaler Workshops und „Runder Tische“
- CODE24 Wanderausstellung
- Vorbereitung eines Europäischen Verbunds für Territoriale Zusammenarbeit